

# DIE SCHRITTMACHER

## RECHTSANWÄLTE & STEUERBERATER

### Datenschutzhinweise gem. DSGVO

Nachfolgend informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten in unserer Kanzlei **DIE SCHRITTMACHER** (nachfolgend: Kanzlei) in datenschutzrechtlicher Hinsicht sowie über Ihre sich hieraus ergebenden Rechte gem. den Artt. 13, 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Stand: 16.2.2023

#### 1. Wer ist verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung und wer ist in diesem Bereich mein Ansprechpartner?

Verantwortliche Stelle i.S.d. DSGVO ist:

##### **DIE SCHRITTMACHER GbR**

Rechtsanwälte & Steuerberater

Inhaber: Matthias Kühne, Frank Lienhard u. Sebastian Broß

Rammersweierstr. 120, 77654 Offenburg

Tel.: 0781 93247-0

Fax: 0781 93247-39

E-Mail: info@schrittmacher.de

Die Datenschutzbeauftragte der Kanzlei erreichen Sie unter der vorgenannten Kanzleianschrift

z.Hd. Datenschutzbeauftragter der Kanzlei

E-Mail: [datenschutzbeauftragter@schrittmacher.de](mailto:datenschutzbeauftragter@schrittmacher.de)

#### 2. Welche Quellen und Datenkategorien nutzt die Kanzlei

Im Rahmen einer Geschäftsanbahnung, als Mandant, Auftraggeber oder sonstiger Geschäftspartner der Kanzlei vertrauen Sie uns Daten an, die Sie uns direkt überlassen oder die wir in Absprache mit Ihnen bei Dritten (z.B. Ihrer Bank, dem Finanzamt, einem anderen Berater, Gerichten etc.) erheben oder von diesen erhalten. Hierbei handelt es sich regelmäßig auch um sog. personenbezogene Daten, d.h. Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Daneben verarbeiten wir auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen, wie z.B. öffentlichen Registern (Handels-, Unternehmens-, Insolvenzregister etc.), Presse oder Internet, zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Im Rahmen der Vertragsanbahnung, bei der Stammdatenerfassung, der Bevollmächtigung sowie der weiteren Vertragsdurchführung werden regelmäßig folgende personenbezogene Daten unserer Auftraggeber erfasst: Kontaktdaten (z.B. Vorname, Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse), Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Geschäftsfähigkeit, Beruf, Legitimationsdaten (Ausweisedaten), Steuer-ID, Bankverbindung, Auftragsinformationen (Mandantenummer, Auftragsbezeichnung, etc.).

Darüber hinaus werden je nach Gegenstand unseres Mandats/Auftrags personenbezogene Daten aus unterschiedlichen Kategorien sowie von Dritten erfasst und verarbeitet, soweit dies erforderlich ist.

Im Laufe der Geschäftsbeziehung können weitere personenbezogene Daten, z.B. in Form von Gesprächsnotizen (Datum, Anlass, Ergebnis etc.), (elektronischen) Kopien des Schriftverkehrs, hinzukommen.

#### 3. Welcher Zweck liegt der Datenverarbeitung zu Grunde und auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt sie?

Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu dem angegebenen Zweck stützen auf folgende Rechtsgrundlagen:

##### 3.1. Zur Erfüllung vor-/ vertraglicher Pflichten

Dient die Datenverarbeitung der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihrer Anfrage beruhen, oder der Erfüllung vertraglicher Pflichten aus dem mit Ihnen geschlossenen Auftrag bzw. der getroffenen Mandatsvereinbarung, beruht die Datenverarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO, soweit diese für die angemessene Bearbeitung des Mandats/Auftrags und für die beiderseitige Erfüllung von Verpflichtungen erforderlich ist.

Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt zu Identifikationszwecken, zur Durchführung einer Korrespondenz mit Ihnen, zur angemessenen Sachbearbeitung, der Zeit- und Leistungserfassung der Mitarbeiter der Kanzlei, zur Abwicklung unserer Vergütungs- und Honoraransprüche sowie zur Gewährleistung der IT-Sicherheit, der IT-Funktionsfähigkeit und -Fehlerbehebung sowie der IT-Organisation der Kanzlei. Darüber hinaus ergibt sich der konkrete Zweck der Datenverarbeitung aus dem mit Ihnen geschlossenen Vertrag/ dem der Kanzlei erteilten Mandat und ist in den Vertragsunterlagen niedergelegt. Im Einzelfall dienen die erhobenen personenbezogenen Daten eventuell vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

##### 3.2 Aufgrund berechtigter Interessen

Soweit dies erforderlich ist, verarbeiten wir personenbezogene Daten über die vertraglichen Zwecke oder der vorvertraglichen Maßnahme hinaus zur Wahrnehmung berechtigter Interessen der Kanzlei oder von Dritten gem. Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO. Dies kann z.B. erfolgen:

- um internen Controlling, der Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen der Kanzlei,
- zur Qualitätssicherung sowie im Rahmen von Zertifizierungen der Kanzlei,
- zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken,
- zur Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Vertretung der Interessen der Kanzlei bei rechtlichen Streitigkeiten,
- die Zusendung von rechtlichen Hinweisen und Informationen über Entwicklungen in der Rechtsprechung und/oder der Finanzverwaltung sowie
- zu Marketingzwecken (wie z.B. Kanzleimagazin, Weihnachtspost).

##### 3.3 Aufgrund Ihrer Einwilligung

Haben Sie der Kanzlei ausdrücklich Ihre Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem bestimmten Zweck erteilt, so ist diese Einwilligung die Grundlage für die rechtmäßige Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO). Gegenstand solcher Einwilligungen können beispielsweise die Nutzung Ihres Namens, Ihres Fotos im Rahmen von Mandantenportraits im Kanzleimagazin sein.

Eine erteilte Einwilligung kann von Ihnen jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

##### 3.2. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben, Rechtsgrundlagen

Als Rechtsanwälte und Steuerberater unterliegen wir gesetzlichen Prüf- und Meldepflichten gegenüber den Finanzämtern nach den Steuergesetzen, gegenüber den Sozialversicherungsträgern dem Transparenzregister § 23a GwG und der Zentralstelle für Finanztransaktions-untersuchungen gem. § 43 GwG, die in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten bilden.

Soweit die Kanzlei Steuerberaterdienstleistungen wie z.B. die Lohnsachbearbeitung für Unternehmen erbringt, erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten der Mitarbeiter bzw. Dritter gem. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO i.V.m. § 11 Abs. 2 StBerG. In diesem Rahmen dürfen auch besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs.1 DSGVO verarbeitet werden.

##### 4. Wem darf die Kanzlei die Daten übermitteln?

Je nach Gegenstand unserer Beauftragung kann die Kanzlei personenbezogene Daten unterschiedlichen Empfängern offenlegen oder übermitteln. Darüber hinaus findet eine Datenübermittlung an Dritte (z.B. Bank/Kreditinstitut des Mandanten, Berater, Anteilseigner, Gläubiger etc.) nur absprachegemäß mit Ihrer Einwilligung statt oder wir sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben hierzu verpflichtet. Danach können Empfänger personenbezogener Daten bspw. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (Finanzamt, Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, Berufsgenossenschaften, Sozialversicherungsträger, Gesundheitsämter) aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- Anspruchsgegner, Gerichte, Finanzbehörden, Schlichtungsstellen sowie alle sonstigen Verfahrensbeteiligte (Prozessvertreter, Sachverständige, usw.) und andere rechtliche Berater des Mandanten im Rahmen des erteilten Mandats
- Finanzbehörden, Finanzgerichte, Sozialversicherungsträger, Berufsgenossenschaften, andere Gesellschafter, Banken und Kreditinstitute, weitere rechtliche Berater des Mandanten
- Auftragsverarbeiter der Kanzlei, an die wir zur Durchführung unserer vertraglichen Pflichten und zur Aufrechterhaltung des Kanzleibetriebs personenbezogene Daten offenlegen oder übermitteln, so an
- DATEV e.G., Rechenzentrum (EDV-/IT-Anwendungen, Rechenzentrumsdienstleistungen, Übermittlung der Zahlungsinformationen, Archivierung), Anbieter von PaaS-Dienstleistungen sowie die Bereitstellung von Cloud-Diensten, Entsorgungsbetriebe im Rahmen der Akten- und Datenvernichtung, Betriebe zur Betreuung der Multifunktionsgeräte (Drucker, Scanner), Übersetzungsbüros für Fachübersetzungen, des Webseitenmanagements, Druckerei.

Als Rechtsanwälte und Steuerberater unterliegen wir neben den datenschutzrechtlichen Vorgaben zur Datenweitergabe besonderen berufsethischen Verschwiegenheitspflichten über alle mandatsbezogenen Tatsachen und Wertungen, über die wir Kenntnis erlangen. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Berufsgeheimnis für Rechtsanwälte und/oder Steuerberater unterliegen, so bleibt dieses unberührt.



## 5. Datenübermittlung in Drittstaaten

Eine Datenübermittlung in ein Drittland (Länder außerhalb der EU bzw. des EWR) oder an eine internationale Organisation, findet nur statt, wenn sich dies aus dem mit Ihnen geschlossenen Vertrag ergibt oder wenn dies gesetzlich vorgeschrieben ist (z.B. aufgrund von steuerrechtlichen Regelungen). Im Rahmen der Auftragsdatenverarbeitung kann dies erfolgen z.B. zur Fehleranalyse von Rechenzentrumsleistungen auf der Grundlage von EU-Standard-Vertragsklauseln nach Maßgabe der gesetzlichen Zulässigkeitsvorschriften.

## 6. Wie lange werden die Daten gespeichert?

Die Kanzlei verarbeitet und speichert Ihre personenbezogenen Daten solange es zur Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages erforderlich ist. Nach Beendigung des Mandats/Auftrags werden die von uns erhobenen personenbezogenen Daten über den Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten hinaus gespeichert, soweit Sie einer längeren Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. A DSGVO eingewilligt haben oder dies zur Durchführung einer Interessenkollisionsprüfung nach den gesetzlichen und berufsrechtlichen Regelungen erforderlich ist (§ 43a Abs. Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), § 3 Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA), § 6 Berufsordnung der Bundessteuerberaterkammer (BöStB).

In Rechtsangelegenheiten speichert die Kanzlei personenbezogene Daten mindestens für die Dauer von 6 Jahren (§ 50 Abs. 1 BRAO) sowie in Steuerangelegenheiten gem. § 66 Abs. 1 StBerG für die Dauer von 10 Jahren, jeweils gerechnet nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde. Geschäftliche Unterlagen werden entsprechend den Vorgaben des Handelsgesetzbuches und der Abgabenordnung 6 bzw. 10 Jahre lang aufbewahrt bzw. gespeichert (§ 147 AO, § 257 HGB, § 14b UStG).

Einer Löschung der Daten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten können auch berechtigte Interessen der Kanzlei entgegenstehen. Der Zweck einer - befristeten - Weiterverarbeitung durch die Kanzlei kann im Einzelfall darin liegen, dass die Daten als Beweismittel zur Geltendmachung oder Zurückweisung von Rechtsansprüchen dienen oder zu diesem Zweck nach Maßgabe der Verjährungsvorschriften erhalten bleiben. Nach den §§ 195 ff BGB können die Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen.

## 7. Welche datenschutzrechtliche Rechte haben Sie?

### 7.1. Widerrufbarkeit von Einwilligungen

Soweit die Datenverarbeitung ausschließlich auf Ihrer Einwilligung beruht, weisen wir darauf hin, dass Sie jederzeit das Recht haben, der Datenverarbeitung für die Zukunft zu widersprechen und damit die Einwilligung zu widerrufen. Bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt die Datenverarbeitung rechtmäßig.

### 7.2. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt, so haben Sie das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können sich an die für Ihren Wohnsitz oder den Sitz der Kanzlei zuständige Aufsichtsbehörde wenden (Art. 7 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

### 7.3. Weitere Rechte

Nach der DSGVO stehen Ihnen als Betroffener folgende weitere Rechte zu:

- Auskunft über die Verarbeitung Ihrer Daten, Art. 15 DSGVO
- Berichtigung, Vervollständigung oder Löschung Ihrer Daten, Art. 16, 17 DSGVO
- Einschränkung der Verarbeitung (Beschränkung auf Speicherung), Art. 18 DSGVO
- Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO
- Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34, 35 BDSG.

### 8. Sind Sie zur Bereitstellung personenbezogener Daten verpflichtet?

Für die Aufnahme und Durchführung des mit uns geschlossenen Vertrages benötigen wir von Ihnen personenbezogene Daten; teilweise sind wir auch gesetzlich zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten verpflichtet (z.B. nach dem Geldwäschegesetz). Stellen Sie uns diese Daten nicht zur Verfügung, wird regelmäßig bereits ein Vertragsschluss scheitern oder die Durchführung des Vertrages ist nicht möglich. Nach Art. 21 DSGVO können Sie jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten einlegen, die wir auf der Grundlage von berechtigten Interessen (Art. 1 Abs. 1 lit. F DSGVO) verarbeiten.

Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von Daten zu Werbezwecken (Hinweis gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO)

Sie können der Verarbeitung von Daten zu Werbezwecken widersprechen.

Die Kanzlei verwendet Ihre personenbezogenen Daten (Name, Anschrift), um Direktwerbung (z.B. Zusendung des Kanzleimagazins, Informationen zu Veranstaltungen der Kanzlei, Weihnachtspost) zu betreiben. Die Daten werden nicht an Dritte i.S.d. DSGVO zur Werbezwecken weitergegeben. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zu diesem Zwecke einzulegen.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Werbezwecke, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diesen Zweck verarbeiten.

Der Widerspruch kann formfrei und ohne Angabe von Gründen erfolgen und sollte bitte gerichtet werden an: [info@schrittmacher.de](mailto:info@schrittmacher.de).